

To Mr. Martin Schulz
President of the European Parliament

Postanschrift:

Łužyska Alianca
Huštańska głowna droga 28
D-03226 Wětošow, Wejsny žěl Huštań

URL.: www.luziska-alianca.org

pśedsedař: **Hanzo Wylem-Kell**
E-Mail: hwk@luziska-alianca.org
Mobil: +49 (0)151 - 54 40 10 10

generalny sekretar: **Henryk Matuš**
E-Mail: matusch@luziska-alianca.org
Mobil: +49 (0)157 - 73 24 55 23

Freitag, 19. Juni 2015

Petition zur Erhaltung des Siedlungsgebietes des Volkes der Lausitzer Wenden/Sorben

Sehr geehrter Herr Präsident des Europäischen Parlaments,

Europa wächst zusammen und besinnt sich dabei auf seine Stärken, die in der Einheit durch Vielfalt liegen. Seit Anbeginn der Europäischen Union stehen die Bewahrung und Stärkung der kleinen Völker mit ihren Kulturen und Sprachen auf der Prioritätsliste der Europäischen Politik ganz oben. Auch die Lausitz und insbesondere das Volk der Wenden (oder auch seit 1945 Sorben genannt) liefert für dieses Europa und in dessen Herzen gelegen einige bedeutende Bausteine.

Im Jahr 2014 wurden die Bräuche und Traditionen als erstes in das **deutsche UNESCO-Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes** aufgenommen. Sie sind besonders schützenswert und kulturhistorisch, aber auch für die Wertegemeinschaft der Gegenwart bedeutsam. Sie sind aufgrund der zweisprachigen Region Bindeglied in Europa zwischen West und Ost, zwischen der germanischen und slawischen Sprachregion. Mit der Besiedlung der Lausitz vor über 1.500 Jahren wurde auch der Spreewald geschaffen, das wohl eines der bekanntesten und zugleich bezauberndsten Weltkulturerbe der UNESCO, welches Deutschland vorzuweisen hat.

Wir schreiben Ihnen heute, weil wir mit dieser Petition darum bitten, rechtliche und politische Maßnahmen zur Rettung dieser Reichtümer einzuleiten und deren Durchsetzung zu überwachen.

Die Lausitz steuert durch den Braunkohleraubbau in eine massive nationale Katastrophe! Durch die Braunkohletagebaue in Sachsen und Brandenburg wurde bereits ein großer Teil des Siedlungsgebietes der Wenden/Sorben durch Abaggerung vernichtet. Hierbei geht es nicht nur um den reinen Wohn-Siedlungsbereich, sondern um einen landwirtschaftlich geprägten Wirtschaftsraum von ca. 2.000 km²! Mit den bereits 136 vernichteten Dörfern und Siedlungen wurden über 30.000 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Mit den Menschen verschwand die Sprache und Kultur der Wenden / Sorben im größten Teil der mittleren Lausitz. Die Planungen der Landesregierungen Brandenburg und Sachsen sehen weitere 5 neue Tagebaue vor, denen die als zweisprachiges Siedlungsgebiet geschützte Heimat weiterer 6.000 Menschen geopfert werden soll!

Die Braunkohlenindustrie ist für folgende unbeherrschbare Umweltprobleme und unkalkulierbare Ewigkeitsschäden in der Lausitz verantwortlich:

Bereits heute sind 35.000 ha an Tagebaue angrenzende Flächen mangels Standfestigkeit gesperrt und können weder betreten noch bewirtschaftet werden, Tendenz steigend! Die aus den Restlöchern entstehenden Seen sind mit pH-Werten zwischen 2,5 und 3,8 weder für touristische Zwecke noch für andere wirtschaftliche, vor allem nachhaltige Nutzung verwendbar. Die geschätzte Renaturierungszeit beträgt 600-1.000 Jahre!

Das Grundwasser, sowie die Oberflächengewässer sind durch den Bergbau neben der starken Versauerung extrem hoch mit Eisen (bis zu 120 mg/l!) und Sulfat (bis zu 950 mg/l!), darüber hinaus mit vielen Schwermetallen und anderen unliebsamen Mineralien verseucht. Die Maßnahmen der Kohleindustrie beschränken sich auf die Vertuschung der Einlaufstellen und kosmetische Operationen! Die zuständigen Ämter und Behörden kommen aufgrund staatlichen Druck Ihrer Prüf- und Restriktionspflicht nicht nach! Grenzwertüberschreitungen werden gezielt vertuscht oder verschwiegen. Viele Wasserwerke können schon jetzt nicht mehr die Grenzwerte für Trinkwasserqualität einhalten und müssen geschlossen werden. Ganze Städte müssen extrem aufwendig mit bis zu 30 km langen Wasserleitungen versorgt werden. Das jüngste Beispiel ist die 20.000 Einwohner zählende Stadt Weißwasser in Sachsen. Auch Berlin ist in seiner Trinkwasserversorgung in absehbar kurzer Zeit gefährdet, da mit der Spree und dem Urstromtal die Verseuchungslawine unaufhaltsam auf dem Weg nach Norden unterwegs ist. Natürlich sind dadurch auch die verbliebenen Siedlungsräume und der Spreewald, die Natur und Umwelt der gesamten Lausitz in der Existenz bedroht!

Die Luftverschmutzung aus den Braunkohlenkraftwerksschlotten der Lausitz sucht in Europa seinesgleichen! Hier quillt immer noch eine Unmenge CO₂ aus uneffektiv verbrannter Braunkohle zur Energiegewinnung hervor – ein auch gesellschafts- und wirtschafts-politisches Unding in der heutigen Zeit! Desweiteren emittieren die Kraftwerke und Tagebaue Unmengen an Feinstaub, Schwermetallen wie Quecksilber, Uran, Arsen und anderen extrem gesundheitsschädlichen Stoffen.

Die Krankheitsstatistiken weisen überdurchschnittliche Raten an z.B. Krebs und vielen anderen unliebsamen Erkrankungen bei der Lausitzer Bevölkerung auf. Diese wurden bisher aus gutem Grund nur wenig publik gemacht. Die Emissionen aus der Lausitz sind darüber hinaus in ganz Europa nachweisbar! Die Lausitzer Kraftwerke gehören zu den schmutzigsten Industrieanlagen in ganz Europa!

Obwohl es eindeutige Gesetze zur Umwelthaftung, zur Luft- und Wasserreinhaltung und zum Schutz der nationalen Minderheiten und kleinen Völker gibt, die Umweltkatastrophe sich in der Lausitz und den angrenzenden Gebieten ungehindert ausbreitet, momentan nur noch knapp 4.000 direkte und unter 10.000 indirekte Arbeitsplätze in der Kohlebergbau- und Kohlestromindustrie vorhanden sind, setzen die Landesregierungen von Sachsen und Brandenburg weiter auf die Erzeugung von Kohlestrom in der Lausitz! Sie zerstören dadurch nicht nur die Existenz unseres Volkes, unserer Sprache und Kultur, sie machen damit auch alle Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen Umbau zur Nachhaltigkeit in der Lausitz zunichte. Zudem werden klimapolitische Ziele konterkariert.

Der Schwedische Staatskonzern Vattenfall hat öffentlich erklärt, sich aus der Braunkohle-verstromung in der Lausitz zurückzuziehen und die „Kohle-Sparte Lausitz“ zu verkaufen. Gleichzeitig hat der Konzern bei den deutschen Bergamtsbehörden den Aufschluß neuer Braunkohletagebaue beantragt, die in der Folge weitere 6.000 Menschen vertreiben und alle Umweltprobleme noch weiter verschärfen würden. Der Konzern hofft damit wahrscheinlich auf bessere Verkaufserlöse der Lausitz durch Vorlage neuer Tagebaugenehmigungen. Dieses Ansinnen halten wir für rechts- und sittenwidrig!

Wir bitten Sie durch diese Petition:

- bei den Ländern Sachsen und Brandenburg den verfassungsrechtlich verankerten Schutzauftrag des Sorbischen/Wendischen Siedlungsgebietes anzumahnen und festzuschreiben,
- über einen Ombudsmann Verhandlungen oder einen Runden Tisch zwischen der schwedischen Staatsregierung, dem Konzern Vattenfall, den Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen über die Zukunft der Lausitzer Konzernstandorte einzuleiten und

Vattenfall sowie deren Folgeunternehmen angemessen und im Verhältnis zu ihren Gewinnanteilen aus den Jahren 1995 bis 2014 an Förder- und Finanzierungsmaßnahmen zum Wiederaufbau der Lausitz und der Förderung und Revitalisierung der Wendisch/sorbischen Kultur zu beteiligen,

- bei der Brandenburgischen und Sächsischen Regierung zu intervenieren, um Planungen für einen schnellstmöglichen Ausstieg (bis 2030 – Ende der Kohleförderung aus genehmigten Tagebauen) aus der Kohleverstromung vorzulegen, um endlich eine wirtschafts- und kulturpolitische Weichenstellung hin zur Nachhaltigkeit der Lausitzer Wirtschaftsstrukturen zu beschließen und ggf. durch geeignete und gezielte Förderungen den Konzern-umbau Vattenfall in der Lausitz zu gestalten und parallel die Grundlagen für eine Energie-wende auch in der Lausitz zu schaffen und so einen Verkauf der Lausitzer Konzernteile unnötig zu machen, bzw. zu verhindern,

- die physische Sicherung der Umwelthaftung des Schwedischen Staatskonzerns Vattenfall mittels Durchsetzung bestehender Regelungen sicher zu stellen, damit die absehbaren Ewigkeitsschäden nicht durch Steuergelder bedient werden müssen,

- aus wirtschaftsethischen, Umweltschutz- und wasserrechtlichen Gründen die Untersagung neuer Braukohletagebaue in der Lausitz bei den Bergämtern durchzusetzen,

- Die Einhaltung der EU-Richtlinien zur Wasserqualität, der Luftqualität durchzusetzen, sowie Zuständen gemäß der EU-Richtlinie zum Verschlechterungsverbot im Vergleich zum Jahr 1995 wiederherzustellen,

- indirekte Subventionen für die Lausitzer Kohleindustrie wie begünstigte Wasserhebeabgaben, ungesetzliche Verklappungs- und Emissionsrechte durch europäische Interventionen abzuschaffen und damit für einen gerechten Wettbewerb in der Energiebranche zu sorgen,

- die Petition zu nutzen, um die Europäische Öffentlichkeit für die Probleme der Lausitz und das Thema kulturelle Nachhaltigkeit in Europa zu sensibilisieren,

- Deutschland zu ermahnen, die ILO-Konvention 169 zu ratifizieren.

Wir bitten Sie, die Petition in die zuständigen Gremien weiterzuleiten und bedanken uns im Voraus!

In herzlicher Verbundenheit



Hannes Wilhelm-Kell
Vorsitzender der Łužyska Alianca und
im Auftrag dieser als politische regional-
und Minderheitenpartei

Anlagen:

- diverse Fotodokumente
- Pressebericht zur Trinkwasserversorgung Weißwasser und Umweltverschmutzung





Alt, dreckig, profitabel

Braunkohlekraftwerke sind wirtschaftlich lukrativ und belasten die Umwelt besonders stark. Gegen den Vorschlag eines geringen »Klimabeitrags« aus dem Wirtschaftsministerium formiert sich gemeinsamer Widerstand von Energiekonzernen und Gewerkschaften

Von Bernd Müller



Sollen nach dem Willen von Vattenfall und RWE nach Möglichkeit noch ewig laufen: stark CO₂ emittierende Braunkohlekraftwerke wie dieses in Jänschwalde im Südosten Brandenburgs Foto: Patrick Pleul/ dpa - Bildfunk

Klimaschutz polarisiert. Nachdem Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) im März die Pläne für einen »Klimabeitrag« auf alte Kraftwerke ins Spiel gebracht hatte, inszenierten sich Gegner und Befürworter in den Medien und versuchten, ihre Position zu stärken. Mit dem Projekt sollen vor allem die Betreiber von umweltbelastenden Braunkohlekraftwerken stärker als bislang zur Senkung der Kohlendioxidemission beitragen...

...Der schwedische Staatskonzern drängt auf belastbare Informationen über den klimapolitischen Kurs der Bundesregierung. Vattenfall-Chef Magnus Hall sagte Anfang Mai laut Agenturmeldung: »Es wäre gut, vor dem Sommer Klarheit zu haben.« Bis zum Jahresende wolle er Stockholm einen Verkaufsvorschlag zur Entscheidung vorlegen.

Aus der Verantwortung stehen

Auch wenn Hall den Klimabeitrag prinzipiell ablehnt, stimmte er die deutschen Mitarbeiter auf einen »fundamentalen strukturellen Wandel« des Kohletagebaus in der Lausitz ein. Er habe Verständnis, dass die Menschen für ihre Jobs kämpfen, erklärte er gegenüber *Spiegel online*. Für diejenigen, die lange in der Branche tätig waren, müsse es eine »schmerzhaftes Erkenntnis« sein, dass die Zeit allmählich zu Ende gehe. Aber es gebe in der Region ein wachsendes Bewusstsein, »dass die Arbeitsplätze im deutschen Kohletagebau früher oder später verschwinden werden«.

Diesen notwendigen Strukturwandel in der Lausitz aktiv zu gestalten, mahnen lokale Initiativen und auch Berater der Landesregierung in Brandenburg seit Jahren an. Bereits 2007 hatten weltweit renommierte Wissenschaftler wie der Klimaforscher Manfred Stock vom Potsdam-

Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und Claudia Kemfert, Professorin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, vergeblich gefordert, das Kabinett in Potsdam solle einen Stufenplan zur Abkehr von der Kohle entwickeln.

Die Landesregierung, in welcher Konstellation sie auch bestand, hat diese Mahnung nicht ernst genommen. Das geben jetzt auch Wirtschaftsvertreter offen zu. So übte der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Cottbus, Wolfgang Krüger, Kritik. Viele Menschen der Region hätten Angst vor der Frage, was nach der Kohle komme. »Der Diskurs über die Zukunft der Lausitz ohne Braunkohle ist von der Landesregierung nie richtig eröffnet worden«, sagte er Ende März gegenüber der Tageszeitung *Potsdamer Neueste Nachrichten*. Zudem sei immer die Rede von der Brückentechnologie gewesen, aber keiner habe über die Länge der Brücke gesprochen.

Statt sich dieser Herausforderung zu stellen, lenken die Landesregierungen von Sachsen und Brandenburg von ihren eigenen Versäumnissen ab. Der Klimabeitrag bedeute das Ende der Kohle- und Stromproduktion in der Lausitz ab 2017, sagten sie. Brandenburgs Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) sprach von einer fristlosen Kündigung für das ganze Revier, sollte der Klimabeitrag eingeführt werden. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) sieht in Gabriels Vorschlag nur einen »ideologisch motivierten Schlag gegen die Braunkohle«. Sein Amtskollege in Dresden, Stanislaw Tillich (CDU), sieht gar die Deindustrialisierung der Region voraus.

Ob es einen geplanten Strukturwandel in der Lausitz geben wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob ihn die Bürger auch laut genug einfordern. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde kürzlich von den Stadtverordneten Sprembergs getan. Sie verabschiedeten fraktionsübergreifend ein Positionspapier, in dem es heißt: »Wir fordern von den Landesregierungen Brandenburg und Sachsen die uneingeschränkte Unterstützung für einen echten Strukturwandel bis 2030.« Sie müssten unverzüglich einen »Plan B« erarbeiten und die notwendigen finanziellen Ressourcen bereitstellen.



vom 17.2.2015

http://www.mdr.de/sachsen/trinkwasserversorgung-region-weisswasser100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html

Wer zahlt für Tagebaufolgen? Weißwasser kämpft um neue Trinkwasserleitungen

In der Region Weißwasser zeichnet sich ein Finanzierungsstreit um eine neue Trinkwasserfernleitung ab. Aufgrund der erhöhten Sulfatbelastung des Grundwassers durch den Tagebau in der Region, stehen nach Informationen des MDR SACHSENSPIEGEL mehrere Wasserwerke vor dem Aus. Trinkwasser muss über eine Fernleitung aus Bautzen kommen. Kostenpunkt: 24,6 Millionen Euro. Der Oberbürgermeister von Weißwasser, Torsten Pötzsch, fordert Hilfe vom Freistaat für die noch offenen 19,6 Millionen Euro. Eine Kostenumlegung auf die 35.000 betroffenen Einwohner über erhöhte Gebühren und Beiträge lehnt Pötzsch ab: "Diese Menschen sollen nicht für etwas zahlen, was sie nicht verschuldet haben. Denn als der Tagebau hier hergekommen ist, hat keiner die Leute oder die Kommunen gefragt, ob sie das wollen. Das Wasserwerk von Weißwasser wurde damals abgebaggert."

Umweltministerium wehrt ab



Torsten Pötzsch: Trinkwasserversorgung ist Sache der Kommunen, aber wir können nichts für Tagebaufolgen.

Zumindest der Nordteil der Fernleitung zwischen Weißwasser und Boxberg müsse bis 2018 gebaut werden, stellte Pötzsch klar. Vattenfall habe sich nach langen Verhandlungen bereit, erklärt fünf Millionen Euro beizusteuern. Die restlichen 3,6 Millionen Euro möchte das Umweltministerium nicht übernehmen. Ministeriumssprecher Frank Meyer sagte: "Die Trinkwasserversorgung ist grundsätzlich Sache der Kommunen." **Anfallende Kosten könnten den Verbrauchern in**

Form von **Gebühren und von Beiträgen** übertragen werden. Der Freistaat helfe als Förderer des Tagebaus bereits, indem er Beiträge zur Finanzierung der Bergbaualtlastensanierungs-GmbH, der LMBV, zahle.

Den betroffenen Kommunen riet Meyer, sich an anderer Stelle Hilfe zu suchen: "In dem Fall ist es so, dass durch Einflüsse Dritter, also durch Bergbau, höhere Kosten entstehen. Da muss man sich bei den Kosten an die Verursacher wenden." Das sei nicht das Umweltministerium, sondern der Verantwortliche für den aktiven sowie für den früheren Bergbau.

Vattenfall kündigt Versorgungsvertrag

Doch Vattenfall hat nach Angaben von Torsten Pötzsch den Trinkwasserversorgungsvertrag bereits zu 2018 gekündigt. Denn, erklärt Pötzsch: "Durch **steigende Sulfatbelastung** steigen auch die Kosten. Die Aufarbeitung von Schwarze Pumpe würde zu hohe Kosten verursachen." Wenn die 3,6 Millionen für die am dringendsten nötige Nordleitung vom Freistaat beziehungsweise der LMBV kommen, will Pötzsch trotzdem bauen: "Wir stehen unter Zugzwang, wir müssen bauen." Sonst stünden die Boxberger und Bärwalder ohne Trinkwasser da und für die Trinkwasserversorgung seien die Kommunen in der Pflicht. Trotzdem gibt sich Pötzsch hoffnungsvoll: "Für die Südleitung sehen wir die LMBV in der Verantwortung, das sieht auch der Freistaat so. Es wird aber noch ein langer Weg sein." Vor allem der Bau der Südleitung sei problematisch: "Der Abschnitt führt durch Naturschutzgebiete und private Grundstücke," so Pötzsch.

LMBV: Bereit, sich zu beteiligen

Die LMBV teilte MDR SACHSEN mit, dass man sich derzeit in Gesprächen mit dem Umwelt- und Finanzministerium sowie dem Wasserzweckverband befände. Grundsätzlich sei man dazu bereit, "sich entsprechend mit den Financiers der Braunkohlesanierung getroffenen bzw. zu treffenden Verabredungen an der Neukonzeption der Trinkwasserversorgung zu beteiligen." LMBV-Sprecher Uwe Steinhuber sagte: "Wir sind zuversichtlich, dass letztendlich eine einvernehmliche Lösung unter Einbeziehung aller Akteure zeitgerecht gefunden werden kann." Konkretere Auskünfte seien derzeit aber nicht möglich, da man sich noch in der Abstimmung befinde. Mitfinanzierungen durch die LMBV bei der Trinkwasserversorgung hat es nach dem Kenntnisstand Stein